

Zudem kann durch das relationale Staatsverständnis Poulantzas' für eine Soziopolitische Bildung entgegen idealistisch und funktionalistisch verkürzten Darstellungen des europäischen Einigungsprozesses als Friedensprojekt – wie sie sich immer wieder in der Politischen Bildung finden – konflikt- und machttheoretisch aufgezeigt werden, dass die Entwicklung der EU vielmehr durch konkurrierende Leitvorstellungen und den Versuch ihrer Verankerung als hegemoniale Staatsprojekte verschiedener sozialer Akteure geprägt war und weiterhin ist.

5.6 Subjektivierung und Macht. Gouvernamentalitätsstudien als kritische Analysen neoliberaler Regierungsweisen

»Das Problem des Neoliberalismus besteht [...] darin, wie man die globale Ausübung der politischen Macht anhand von Prinzipien einer Marktwirtschaft regeln kann. Es geht also nicht darum, einen freien Raum zu schaffen, sondern die formalen Prinzipien einer Marktwirtschaft auf die allgemeine Regierungskunst zu beziehen oder abzubilden.« (Foucault 2006b: 187)

5.6.1 Michel Foucaults Machttheorie und ihr Gehalt für eine kritische Analyse der Gegenwartsgesellschaft

Die Arbeiten des französischen Philosophen Michel Foucault (1926–1984) üben starken Einfluss auf die sozialwissenschaftliche Theoriediskussion aus (vgl. Joas/Knöbl 2004: 495ff.).³⁹⁸ Dabei stehen die Begriffe »Diskurs«, »Macht«, »Disziplin«, »Biopolitik« und »Gouvernamentalität« – die zwar nicht von Foucault begründet, allerdings maßgeblich von ihm etabliert wurden – im Zentrum seiner Arbeiten. Für die Sozialwissenschaften haben vor allem die Konzepte »Gouvernamentalität« und »Biopolitik« in den vergangenen Jahren theoretische Aufmerksamkeit und soziologische Relevanz gefunden (vgl. Lemke 2008: 12).

Foucaults Arbeiten stellen primär wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen über die in der Gesellschaft vorherrschenden Diskurse³⁹⁹ zu bestimmten Themen im historischen Verlauf dar (Foucault 2005a: 237), die auf das Verhalten der Individuen Einfluss nehmen. Daher sind sie nicht als historische Analysen gesellschaftlichen Wandels misszuverstehen, wie dies immer wieder fälschlicherweise erfolgt (u.a. Wehler 1998).⁴⁰⁰ Foucaults Ansatz hat sich begrifflich als »Diskursanalyse« etabliert (Bührmann/Schneider 2008: 9). Durch die Diskursanalyse lenkt Foucault den Blick auf bestimmte vorherrschende Wissensformationen und Machtpraktiken, spürt ihre Ursprünge auf

398 Zur Rezeption Foucaults in den Sozialwissenschaften und der Philosophie vgl. Lemke 2008: 12.

399 Der Begriff des Diskurses bezeichnet alle Aussagen, die ein bestimmtes Feld von Aussagen hervorbringen. Hierzu zählt u.a. »die Praxis des Denkens, Schreibens, Sprechens und Handelns, die diejenigen Gegenstände, von denen sie handeln, zugleich selbst systematisch erst hervorbringt. Diskurse werden als im strikten Sinne materielle Produktionsinstrumente verstanden, mit denen auf geregelte Weise solche sozialen Gegenstände wie Wahnsinn, Sexualität, Normalität und die ihnen entsprechenden individuellen und kollektiven Subjektivitäten hervorgebracht werden.« (Bührmann/Schneider 2008: 19)

400 So auch bei René Aguigah: Ein Historiker der Gegenwart, in: *die tageszeitung*, 22.06.1999.

und stellt ihre Genealogie dar. Er zeigt auf, dass die vergesellschafteten Individuen immer unbewussten Strukturen des Wissens sowie sozialer Machtgefüge – vor allem gesellschaftlichen Diskursen – unterstehen, die sie als *Subjekte* formen und damit Gesellschaft konstituieren (Münkler/Roesler 2012: 18). Subjektivation bezeichnet dabei »den Prozess des Unterworfen-werdens durch Macht« (Butler 2001: 8). Diskurse versteht Foucault als »Technologien der Macht« (2005a: 231), deren Verbreitung und Auswirkung er in der europäischen Geschichte nachzeichnet (u.a. Foucault 1977). Dabei untersucht er die Entwicklung der Diskurse über die Führung der Menschen, die von Disziplinar- zu Selbst- und Sicherheitstechnologien führen, und bestimmt diese als »Mikrophysik der Macht« (ebd.: 38), da sie zunehmend auf subtile Prozesse der Disziplinierung und Normierung der Subjekte abzielen, statt auf Drohung, Sanktionen und repressive Gewalt. Die Annahme einer ständigen Unterwerfung des Subjektes unter Machttechnologien hat zur logischen Folge, dass Foucault sich philosophisch vom Begriff eines autonomen, selbstbestimmten Subjektes im Kantischen Sinne (Kant 2008) sowie soziologisch von subjekttheoretischen Handlungstheorien (Joas/Knöbl 2004: 502f.) verabschiedet. Auch umfassende Gesellschaftstheorien, die eine bestimmte Gesellschaftsstruktur zu finden versuchen, werden von Foucault zurückgewiesen (vgl. Marchart 2013: 238).⁴⁰¹

Foucaults Werk zeichnet sich allerdings durch ein »vagabundierende[s] Denken« aus (François Ewald zit.n. Bührmann/Schneider 2008: 19), welches nicht systematisch zusammenhängt und vielmehr durch Brüche und veränderte Begrifflichkeiten gekennzeichnet ist. Sowohl wissenschaftstheoretisch als auch politisch sind seine Arbeiten daher schwer einzuordnen. Wahlweise wird er u.a. entweder als Strukturalist oder als Poststrukturalist verortet (vgl. Münkler/Roesler 2012: 23ff.).⁴⁰²

Bereits zu Lebzeiten Foucaults gab es erhebliche Einwände gegen sein Werk von philosophischer (vgl. Habermas 1988: 279ff.) sowie historischer (vgl. Wehler 1998: 56) Seite. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht (vgl. Marchart 2013: 260f.) bestehen die zentralen Kritikpunkte an Foucaults Arbeiten darin, dass Foucault *erstens* unpräzise Begrifflichkeiten verwende, er *zweitens* empirische und historische Ergebnisse falsch und lediglich seiner Machttheorie dienlich darstelle und er *drittens* eine Omnipräsenz der Macht annehme und gerade dadurch Macht im soziologischen Sinne (vgl. Popitz 1992) nicht wirklich fassen könne. Diese Kritikpunkte sind überzeugend und auch in dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass Foucault Begriffe analytisch uneindeutig verwendet, sodass diese nicht für eine Soziopolitische Bildung in gesellschaftskritischer Absicht dienlich sind. Jedoch bietet die sozialwissenschaftliche Rezeption und Weiterentwicklung seiner Arbeiten zur *Gouvernementalität* (u.a. Bröckling u.a. 2000) grundlegende Einsichten bezüg-

401 Foucaults Geschichtsschreibung ist eine »Ablehnung einer totalen Geschichte, die alle Entwicklung aus einem Prinzip herleitet« (Münkler/Roesler 2012: 25), wie es beim klassischen Marxismus erfolgt. Aus diesen Gründen wird Foucault immer wieder zum Poststrukturalismus gezählt (Joas/Knöbl 2004: 496): »Der Poststrukturalismus gibt mithin die Idee der Struktur nicht einfach auf; ja, man könnte sogar sagen, er radikalisiert sie zunächst noch einmal: *Alles*, so lautet die radikalisierte Version, ist Struktur – und *nirgends* hat sie ein Zentrum oder eine Grenze.« (Münkler/Roesler 2012: 29) Zum Poststrukturalismus vgl. ebd.: 21ff.

402 Zudem wurde vor einigen Jahren eine Debatte darüber geführt, ob Foucault mit seinem Spätwerk nicht gar den Neoliberalismus affirmativ dargestellt hat und folglich nicht sogar als Neoliberaler zu verstehen ist. Vgl. René Scheu: Foucault, ein Neoliberaler?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.04.2018.

lich transformierender Herrschaftsausübung in postfordistischen, neoliberalen Gegenwartsgesellschaften und können als wichtige Ergänzung zu den Arbeiten der Regulationstheorie genutzt werden.

Zentral für die an Foucault anschließenden sogenannten Gouvernamentalitätsstudien ist die Erkenntnis, dass der Staat im Neoliberalismus gerade *nicht* durch seinen Abbau oder Rückzug, sondern durch eine *veränderte* Regierungspraxis im Sinne von Management-Konzepten des *New Public Managements* zu verstehen ist. Dies bringt für die Analyse transformierender staatlicher Herrschaft aus Sicht kritischer Staatstheorie grundlegende Erkenntnisgewinne mit sich (vgl. Kap. 5.6.4).

Der neoliberale Staat – und das zeigen Studien für die meisten OECD-Länder (u.a. Krasmann 2003) – zeichnet sich durch eine neue Art des politischen Zugriffs auf die Individuen aus, der darin besteht, die Subjekte der Gesellschaft in Marktsubjekte zu verwandeln und sie für die Erfordernisse der postfordistisch geprägten kapitalistischen Wirtschaft bezüglich ihrer Eigeninitiative zu *aktivieren*. Daher lässt sich der Staat im Neoliberalismus aus Sicht der Gouvernamentalitätsanalysen als *aktivierender Staat* begreifen (vgl. Opielka 2008; vgl. Kap. 5.6.4). Durch diese Sichtweise ist das neoliberale Programm eines angeblichen Rückzugs des Staates nicht als ein Verlust staatlicher Regelungs- und Steuerungskompetenzen misszuverstehen, sondern ideologiekritisch als eine neue, spätmoderne Regierungstechnik in *Gestalt der Freiheit* zu dechiffrieren. *Fremdkontrolle*, wie sie noch für die fordistische Arbeitsgesellschaft mit direkten und sichtbaren Vorgesetzten charakteristisch war (vgl. Bontrup 2011: 178), wird durch die ideologische Vereinnahmung des Begriffs der Freiheit zur *Selbstkontrolle*. Herrschaft wandert damit durch *indirekte Steuerung* in die Subjekte. Diese Herrschaftstransformation manifestiert sich sowohl in den Betrieben der flexibilisierten Arbeitswelt des postfordistischen Kapitalismus, als auch im Verhältnis von Staat und Subjekt (vgl. Kap. 5.6.4). Das Konzept der Gouvernamentalität und zentrale Einsichten der hieran anschließenden Gouvernamentalitätsstudien sind gewinnbringend für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung, denn die in diesem Kontext gewonnene Sichtweise auf transformierte ökonomische und politische Herrschaft als vermeintlich neue Freiheit ist für eine emanzipatorische Perspektive Politischer Bildung elementar. Politische und ökonomische Verhältnisse, die neue Freiheitsversprechen behaupten, werden als alte *strukturelle* Herrschaftsverhältnisse entlarvt. Hauptaugenmerk hierbei liegt auf der Transformation staatlicher Herrschaft durch eine veränderte Regierungsweise, die Fremd- in Selbstkontrolle verwandelt und auf die *Aktivierung* der gesellschaftlichen Subjekte abzielt.

5.6.2 Foucaults diffuser Machtbegriff

Auch wenn Foucaults zentrales Thema das der *Macht* und ihrer *Technologien* ist (Foucault 2005b: 240ff.), verfügt er über keinen analytisch differenzierten und einheitlichen Machtbegriff (Bührmann/Schneider 2008: 19). Worin Macht genau besteht, von *wem* oder *was* sie ausgeübt wird und worin sie sich u.a. von Herrschaft und Gewalt unterscheidet (vgl. Imbusch 2012), wird von Foucault weder explizit noch implizit erläutert (vgl. Münkler/Roesler 2012: 94ff.). Für ihn kommt Macht vielmehr »von überall« (Foucault 1986: 14). Diese Unbestimmtheit liegt neben dem Changieren der Begrifflichkeiten vor allem an seinem »verschwommenen Begriff von Gesellschaftsstruktur.« (Wehler

1998: 62) Foucault bestimmt Gesellschaft unsoziologisch und oberflächlich lediglich als ein Gefüge von »Machtbeziehungen« (2005b: 258).

Dabei will sich Foucault mit seinen Überlegungen zur Macht – und dies ist grundlegend für sein Verständnis von Gouvernamentalität – explizit von der Vorstellung von Macht im juristischen und negativen Sinne (Macht als repressive Staatsgewalt) lösen (1986: 112).⁴⁰³ Er bezeichnet Macht kursorisch als

»die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen dieses Kräfteverhältnis verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kräfteverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verketteten« (ebd.: 113).

Macht lässt sich für Foucault nicht lediglich als Institution, Struktur oder als »Mächtigkeit einiger Mächtiger« (ebd.: 114) begreifen.⁴⁰⁴ Foucault entpersonalisiert Macht, weswegen auch Machtausübende bei ihm nicht als konkrete Individuen vorkommen. Macht wirke »nicht direkt und unmittelbar auf andere, sondern auf deren Handeln« (Foucault 2005b: 255).⁴⁰⁵ Deshalb gibt es *die* Macht für Foucault auch nicht, »es gibt immer nur konkrete und differenzierte Machtverhältnisse.« (Marchart 2013: 243; Hervorh. S.R.) Dennoch – und das zeigt Foucaults Widersprüchlichkeit – konstatiert er, bei »Machtbeziehungen kann man von Strategien sprechen, sofern es dabei um die Einwirkung auf das mögliche und erwartete Handeln anderer geht.« (Foucault 2005b: 261) Von *wem* die »Strategien« ausgearbeitet werden, findet in seinem Werk allerdings kaum Beachtung.

Das Wesentliche an Foucaults Machtbegriff besteht darin, dass Macht nicht negativ, repressiv, sondern *produktiv* wirkt, produktiv in dem Sinne, dass Handeln von Subjekten geformt und genormt wird (ebd.: 245). Daher besteht »Machtausübung [...] darin, ›Führung zu lenken‹, also Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Verhalten zu nehmen.« (ebd.: 256) Dabei ist Macht Foucault zufolge zwingend an *Freiheit* geknüpft, was sie von Zwang unterscheide (ebd.: 257). Folglich könne Macht auch nicht erobert, abgetreten oder angeeignet werden.

Foucaults Machtbegriff hat scharfe Kritik auf sich gezogen, die vor allem darauf abzielt, dass er die »Entpersonalisierung von Herrschaft« (Fisahn 2008: 22) überdehnt und konkrete staatliche Herrschaftspraktiken kaum beachtet (vgl. Rehmann 2008: 145f.).⁴⁰⁶

403 Foucault will darauf verzichten, Macht lediglich »in Begriffen von Gesetz, Verbot, Freiheit und Souveränität zu denken.« (1986: 112).

404 Macht ist Foucault zufolge folglich nicht lediglich als »Beherrschung oder Herrschaft zu verstehen.« (1990: 40) Daher wendet er sich auch explizit gegen die marxistische Machttheorie (Foucault 1986: 113). Für ihn gibt es keine zentralen Widersprüche oder Hierarchien, wie den Hauptwiderspruch der Klassen im Produktionsverhältnis. Sein Gesellschaftsbegriff entzieht sich damit jeder Letztbegründung (Marchart 2013: 238).

405 Hierdurch wendet sich Foucault implizit gegen das Machtverständnis Gramscis und behauptet, »dass Macht nicht auf Konsens beruht.« (2005b: 255) Vielmehr seien »Gewalt und Konsens [...] Mittel oder Wirkungen, nicht aber Prinzip oder Wesen der Machtausübung.« (ebd.: 256)

406 So wurde auch kritisiert, dass es unklar sei, um »welche Macht« (Poulantzas 2002: 180) es eigentlich konkret gehen solle, da für Foucault Macht überall sei, was logisch darauf hinauslaufe, dass diese deshalb nirgends sei (Rehmann 2008: 145). Zudem sei die Frage nach dem Ursprung und der Intention der Macht – also »wozu diese Macht« (Poulantzas 2002: 180) – unterbelichtet. Da Foucault Macht auf eine universalistische Technik reduziert (entweder panoptische Überwachung

Obwohl sein Hauptaugenmerk auf der historischen Analyse der gesellschaftlichen Diskurse über die Veränderung von *Machttechnologien* in den europäischen Gesellschaften liegt,⁴⁰⁷ wurde auch der historische Gehalt seiner Beschreibungen und die These eines Bedeutungsverlustes der Strafanstalten (Foucault 1977: 43ff.) bereits früh angezweifelt (Wehler 1998: 53ff.). Auch ihr Gehalt für die Analyse der Gegenwartsgesellschaften wird von einigen kritischen Sozialwissenschaftler_innen zurückgewiesen (u.a. Wacquant 2009: 299ff.).⁴⁰⁸ Für eine Soziopolitische Bildung in herrschaftskritischer Absicht bietet hingegen das an Foucault anschließende Konzept der *Gouvernementalität* wichtige Erkenntnisse bezüglich der Transformation von Macht in der Gegenwartsgesellschaft und steht daher in diesem Kapitel im Vordergrund.

oder als Disziplintechniken und Normalisierungsmacht), berücksichtige er nicht, wie Klassen- und patriarchale Verhältnisse den Staat und die allgemeinere Ausübung von Macht formen. Ebenso vernachlässige Foucault die Bedeutung von Gesetzen und Bürokratie als Teil des modernen Staates (Jessop 2007: 24). Gesellschaftliche Antagonismen sowie die Geschichte sozialer Kämpfe (vgl. Gerstenberger 2006) verschwinden somit hinter der Analyse fortschreitender Disziplinierungen und Kontrollen (Messerschmidt 2007: 56). Damit gerate aus dem Blick, wie und wer bestimmte Ideen als intersubjektive und allgemeingültige Überzeugungen durchsetzt, wie es beispielsweise in den (neo-)gramscianischen Analysen erfolgt. Trotz Foucaults Diktum, »dass es weder einen ›Ursprung‹ noch ein zentrales Subjekt von Wissen gibt, [ist] zu unterstreichen, dass es durchaus privilegierte ›Sprechorte‹ und Akteure gibt, wie zum Beispiel (organische) Intellektuelle und GutachterInnen innerhalb der unterschiedlichen Wissensbereiche. Als Diskurs- oder Epistemic-Community organisieren sie einen koordinierten Diskurs, der strukturierend und gestaltend in der öffentlichen Debatte wirkt.« (Stützle 2014: 185)

407 Statt auf Drohungen und Sanktionen wie Hinrichtungen zu setzen – wie es vor allem vom 12. bis ins 18. Jahrhundert für die souveräne Macht durch die Form des Rechts im Sinne der Repression zentral war (Foucault 2005a: 237) –, zielten neu ausgearbeitete Machttechnologien zunehmend auf subtilere Prozesse der Disziplinierung und Normierung der gesellschaftlichen Subjekte durch wissenschaftliche Instrumente wie »Medizin, soziale Kontrolle, Psychiatrie und Psychologie« ab (ebd.). Foucault richtet diesbezüglich in seinen früheren Werken den Blick auf eine »Mikrophysik der Macht« (1977: 178), die durch Institutionen wie das Gefängnis, die Schule, die Klinik (Foucault 2005a: 228f.) ausgeübt werde, deren Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert in der Wissenschaftsgeschichte zumeist positiv als Humanisierung des Strafvollzugs dargestellt wird. Diese Institutionen dienen ihm als Fallbeispiele für eine kritische Analyse der Technologien der Disziplinar-macht (Foucault 1977: 176), die in Wirklichkeit auf ein »lückenlosere[s] Durchkämmen des Gesellschaftskörpers« (ebd.: 99) abzielte, da sie sich nicht mehr auf den Körper, sondern auf die Seele richtete (ebd.: 25). In diesem Kontext setzte sich auch ein verändertes Verständnis des Strafens durch, das neben seiner repressiven Funktion vor allem eine »positive Wirkung«, nämlich die Normierung von dauerhaft veränderten Handlungen der Subjekte, als Ziel gehabt habe (ebd.: 19). Allgemein zeichne sich nach Foucault ein Bedeutungsverlust der Strafanstalten ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts ab, da Macht vielmehr durch permanente Überwachungs- und Kontrollmechanismen wirke, für deren Funktionieren das Gefängnis ein Modell abgebe (ebd.: 43). Die Disziplinarmacht habe demnach insgesamt eine politische Dimension (ebd.: 177), da sie zur Ausbildung von »Normalisierungsgesellschaften« (Foucault 1999: 49) führte. Hierbei sei es vor allem die bürgerliche Gesellschaft, die den neuen Typ der Disziplinarmacht hervorgebracht habe (ebd.: 46).

408 Loïc Wacquant zeichnet überzeugend nach, dass es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts keinen Rückzug der Strafanstalten gegeben hat, wie in Anlehnung an Foucault oft behauptet wird. Das Gefängnis sei nicht verschwunden, im Gegenteil, es diene verstärkt als Mittel der Strafjustiz eines autoritärer werdenden Staates (2009: 299ff.; vgl. Kap. 5.7.6).

5.6.3 Gouvernamentalität als neue Regierungsweise bei Foucault

Einflussreich innerhalb der Sozialwissenschaften sind neben den Arbeiten zur *Biopolitik*⁴⁰⁹ vor allem Foucaults Vorlesungen zur *Geschichte der Gouvernamentalität* von 1978 bis 1979 (2006a; 2006b). Hier zeigt Foucault die Genealogie der veränderten Regierungsweisen im Neoliberalismus auf. Er arbeitet heraus, wie in der (beginnenden) neoliberalen Gegenwartsgesellschaft der 1970er Jahre auf die gesellschaftlichen Subjekte – trotz verkündeter Freiheitsversprechen – Herrschaft weiterhin – und sogar verstärkt – ausgeübt wird. Foucault beschreibt hellsichtig und vorausschauend – allerdings auch lediglich fragmentarisch – die veränderte Regierungsweise der Subjekte im entstehenden und zeitgenössischen Neoliberalismus und begreift diese als eine neue Machttechnologie, die Fremdherrschaft in Selbstkontrolle transformiert. Insgesamt untersucht er in seiner Vorlesungsreihe die »Entstehung eines politischen Wissens« (Foucault 2006a: 520) der Menschenführung von der Spätantike über die neuzeitliche Staatsräson und die »Polizeywissenschaft« des 18. Jahrhunderts bis hin zu liberalen und neoliberalen Theorien der Gegenwartsgesellschaft des 20. Jahrhunderts.⁴¹⁰ Grundlegend ist diesbezüglich der von Foucault neu eingeführte Begriff der *Regierung* (ebd.: 134),⁴¹¹ der von nun an von ihm für die Analyse der *Machttechnologien* der Gegenwartsgesellschaften verwendet, jedoch

409 Biopolitik stellt eine spezifische moderne Form der Machtausübung dar, die »für eine signifikante Veränderung des Politischen« steht (Lemke 2007a: 13). Das Leben (bios) tauchte als Ziel politischer Strategien im 18. Jahrhundert auf. Dabei ist diese »weniger Ausdruck des Willens eines Souveräns, sondern zielt auf die Verwaltung und Regulation von Lebensprozessen auf der Ebene der Bevölkerung.« (ebd.) Foucault nutzte den Begriff der Biopolitik 1976, um das Auftauchen neuer politischer Ziele und Strategien in Europa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu beschreiben (1986: 166). Zu dieser Zeit entdeckten »Regierungen [...], dass sie es nicht nur mit Untertanen oder dem Volk zu tun haben, sondern mit einer ›Bevölkerung‹ und Problemen wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit.« (ebd.: 37) Beispiele für Biopolitik sind Foucault zufolge eine bestimmte Geburtenpolitik, wie die strenge Bestrafung von Abtreibung und Kindstötungen, Maßnahmen gegen die Kindersterblichkeit und ähnliches sowie generell staatliche Gesundheitspolitik (ebd.: 39), aber auch das ganze Feld der eugenischen oder »rassenhygienischen« Politik zur »Steigerung« der »Qualität« der Bevölkerung in vielen Ländern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Foucault 1999: 276ff.). Biopolitik bezeichnet in diesem Kontext die Entwicklung eines spezifischen politischen Wissens durch die modernen Human- und Naturwissenschaften sowie Disziplinen wie Statistik, Demografie, Epidemiologie und Biologie als Hilfstechniken (Foucault 2005a: 231), die die Ziele und Methoden des staatlichen Handelns bestimmten (Lemke 2007a: 48). Michael Hardt und Antoni Negri benutzen das Konzept der Biopolitik für ihre Analyse eines angeblich nicht mehr an Nationalstaaten rückgebundenen Empires, das eine globale Kontrollgesellschaft etablierte (2002: 334ff.). Soziologisch verkürzt konstatieren sie: »Der Staat ist unterlegen, und Konzerne beherrschen die Erde.« (ebd.: 317)

410 Auch wenn der Neoliberalismus sich konkret vor allem Anfang der 1980er durchgesetzt hat (vgl. Harvey 2007), hat Foucault diese Herrschaftstechnologie bereits in den 1970er Jahren angelegt gesehen.

411 Grund für die neue Sichtweise war, dass Foucault selbst seine früheren Arbeiten zur »Mikrophysik der Macht« der Disziplinargesellschaft sowie seine Arbeiten zur Biopolitik zunehmend unplausibel erschienen, in modernen Gesellschaften würden die Subjekte durch Disziplinar- und Bio-Macht regiert werden (Lemke 2007b: 65).

aus dem engen politischen Staatsverständnis gelöst wird.⁴¹² Der Begriff der Gouvernamentalität⁴¹³ (ebd.: 162) bezeichnet diese neue Form der Regierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Verbindung von Macht und Wissen im Kontext von Regierungspraktiken, Normalisierungs- und Subjektivierungsprozessen.⁴¹⁴ Ihm geht es »um den Nachweis einer Ko-Formierung von modernem souveränen Staat und modernem autonomen Subjekt.« (Lemke u.a. 2000: 33) Auch in diesem Kontext wendet sich Foucault weiterhin gegen ein Verständnis von Macht, das lediglich als restriktive, repressive Kraft durch u.a. Gesetze und Verbote auf die Subjekte der Gesellschaft wirkt. Moderne Regierungstechniken arbeiten nicht vordergründig mit Zwang und Unterdrückung, denn nach Foucault ist eine direkte Beherrschung der Subjekte aus staatlicher Sicht im Grundsatz unproduktiv, da sie einerseits das Potenzial der Subjekte nicht nutze, sich in einem vermeintlichen Raum der Freiheit produktiv und optimal selbst zu leiten, andererseits Widerstand bei diesen hervorrufe (2005b: 254). Mit Mitteln der Unterdrückung und des Zwangs könne der Mensch nie in seiner Gesamtheit, sondern immer nur in Teilen seiner Individualität erreicht werden.⁴¹⁵ Die Gouvernamentalität als neue politische Regierungsweise versucht hingegen, jeden einzelnen Bürger dazu zu bringen, ein gewünschtes Verhalten an den Tag zu legen. Regieren lässt sich Foucault zufolge dadurch am Besten mit dem Begriff der »Führung« beschreiben, eben als »Führung zu lenken« (ebd.: 256). Für Foucault heißt »Regieren das mögliche Handlungsfeld anderer zu strukturieren.« (ebd.) Herrschaftstechniken werden zu *Selbsttechniken* durch die »Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden« (Lemke u.a. 2000: 29). Regierungstechniken verknüpfen damit die Selbstführung der aktiven, verantwortlichen Subjekte mit Elementen der Fremdführung. Damit sollen sich die Subjekte selbst entsprechend abstrakter Vorgaben und Bedürfnissen der Herrschaftstechnologien führen. Genau dies zeichnet *Subjektivierungsprozesse* nach Foucault aus. Hieran anschließend bezeichnet Gouvernamentalität für Foucault

412 Während der Begriff »Regierung« heute »vor allem Formen politischer Steuerung oder die rechtlich-administrative Struktur staatlicher Instanzen bezeichnet, bezog sich der Begriff früher auf die verschiedenen Formen der ›Führung von Menschen‹ und umfasste Formen der Fremdführung ebenso wie Techniken des Sich-selbst-Regierens.« (Lemke 2007b: 61) Von Regierung war in diesem Sinne bis ins 18. Jahrhundert nicht nur in politischen Texten, sondern auch in philosophischen, religiösen, medizinischen und pädagogischen Arbeiten die Rede: »Über die Lenkung des Staates oder der Verwaltung hinaus meinte ›Regierung‹ auch Probleme der Selbstbeherrschung, der Leitung der Familie und der Kinder, der Steuerung des Haushalts, der Lenkung der Seele etc. Aus diesem Grund bestimmt Foucault Regierung als Führung, genauer gesagt als ›Führung der Führungen‹, die ein Kontinuum umfasst, das von der ›Regierung des Selbst‹ bis zur ›Regierung der anderen‹ reicht.« (Lemke u.a. 2000: 33)

413 Anders als lange angenommen (u.a. Lemke u.a. 2000: 32) setzt sich der Begriff »Gouvernamentalität« nicht aus *gouverner* (Regieren) und *mentalité* (Denkweise) zusammen, sondern der »Wortstamm ist eindeutig das Adjektiv *gouvernemental* und es scheint eher, dass Foucault den Neologismus als Gegenbegriff zu ›Souveränität‹ [...] einsetzte. Dieser Irrtum hat bedauerlicherweise zu einer Reihe von Fehlinterpretationen beigetragen, die das Konzept als eine ›Mentalität des Regierens‹ begriffen bzw. darauf reduziert haben.« (Lemke 2008: 13)

414 Zu Foucaults Entwicklung des Gouvernamentalitätskonzepts vgl. Lemke 1997b.

415 Hier zeigt sich eine gewisse Ähnlichkeit Foucaults Denken zu dem Konzept der kulturellen Hegemonie Gramscis (vgl. dazu Buckel 2015: 168).

»die Gesamtheit [...] aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.« (2006a: 162)

Regierungspraktiken können an Körper, Bewusstsein und Disziplin ebenso ansetzen wie an den Wünschen, dem Wollen der Subjekte. Sie können als normalisierendes Wissen auf die Gesamtheit der Bevölkerung wirken und das ›Normale‹ regulieren. Jedoch arbeitet Foucault auch an dieser Stelle nicht explizit heraus, von *wem* die Machttechniken eigentlich konzipiert wurden. Auch in seinem Spätwerk analysiert Foucault folglich Macht nicht von sozialen Akteuren mit Hilfe staatlicher Herrschaft und Staatsapparaten ausgehend, sondern als Regierungsform, der der »Staat [...] selbst als Regierungstechnik, nämlich als dynamische Form und historische Fixierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Bröckling u.a. 2000: 27) unterworfen sei.

In seiner *Geschichte der Gouvernementalität* (2006a; 2006b) zeichnet Foucault die Entstehung der modernen Regierungstechniken des Staates der neoliberalen Gegenwartsgesellschaft nach.⁴¹⁶ Durch den Liberalismus (vgl. Münkler/Straßenberger 2020: 155ff.) wurde ab der Mitte des 18. Jahrhunderts eine ökonomische Form der Regierung durchgesetzt, die sich an den Funktionsprinzipien des Marktes orientiert (Foucault 2006b: 52ff.). Vor allem die Ökonomen des Liberalismus waren es, die den Policy-Staat des 19. Jahrhunderts kritisierten und eine neue Technologie der Macht einforderten. Dabei stand die *Politische Ökonomie* – die als Wissensform im 18. Jahrhundert entsteht und die dirigistischen Prinzipien der merkantilistischen und kameralistischen Wirtschaftssteuerung durch die Idee einer spontanen Selbstregulation des Marktes auf der Grundlage ›natürlicher‹ Preise und der freien Zirkulation von Menschen und Waren ersetzte – Pate als neue Form der Regierung.⁴¹⁷ Das Modell des freien Marktes und der freien Zirkulation

416 Foucault unterteilt den betrachteten Zeitraum von der Spätantike bis zur Gegenwart in drei historische Formen politischer Machttechnologien. Erstens die Pastoralmacht ab der Spätantike bis ins Mittelalter (2006a: 185ff.), eine in Form der Policy aus dem Christentum entstandene Machtform, die sowohl auf die gesamte Gemeinschaft wie auf das individuelle »Seelenheil« abzielte (Foucault 2005b: 247f.). Zweitens die Staatsräson ab dem 16. und 17. Jahrhundert (Foucault 2006a: 345ff.), bei der die Macht nicht mehr göttlich bestimmt sei, sondern über Recht und damit staatlich durchgesetzt werde. Zur institutionellen Umsetzung dieser Technologie entwickelte der Staat die Polizei als Disziplinarmacht (ebd.: 449ff.), durch die der Einzelne zur Sicherung der inneren Ordnung angehalten und zugerichtet wird. Drittens den Liberalismus ab dem 18. Jahrhundert.

417 Durch die »Begriffsbildung einer ›politischen Ökonomie‹, die seit Anfang des siebzehnten Jahrhunderts kursiert, [wurde] die Unterordnung der *oikonomía* – als bloße Hauswirtschaft – unter die Zwecksetzung der Politik unterbrochen.« (Vogl 2015: 38) In der politischen Ökonomie »geht es um eine sozialtechnische Durchdringung komplexer Austauschprozesse, an deren Horizont moderne Marktgesellschaften stehen.« (ebd.: 107) Spätestens im neunzehnten Jahrhundert umschließen sie ein Aufgabengebiet, das von älteren Souveränitätsrechten (wie Geldmonopol) über Exekutivfunktionen (wie die Kontrolle von Staatsschuld) bis zur direkten Teilnahme am Marktgeschehen reichen.« (ebd.: 141)

von Menschen und Waren sowie die Figur des *Homo oeconomicus*⁴¹⁸ (ebd.: 367ff.) sollten das Gegenbild zur Staatsräson bilden (Lemke 2007b: 62).

Foucault zeigt anhand der Schriften der deutschen *Ordoliberalen* der Freiburger Schule der 1930er Jahre (vgl. Biebricher 2021: 60ff.), dass die »Gestaltung der Gesellschaft nach dem Modell des Unternehmers« (Foucault 2006b: 226)⁴¹⁹ sowie den »Mechanismen des Wettbewerbs« (ebd.: 208) erfolgen sollte. In der »Gesellschaft [müssten sich] ausschließlich Handelsbeziehungen einstellen« (ebd.: 185). Diese Ideen des frühen Neoliberalismus sind dann vor allem zwischen den 1930er und 1950er Jahren als Neoliberalismus der US-amerikanischen Chicago School in den USA in neuer Form wirksam geworden (Harvey 2007: 57) und wurden Ende der 1970er Jahre auch in Europa als Re-Import wirtschafts- und gesellschaftspolitisch hegemonial (Foucault 2006b: 274). Hierbei lösten sie ab den 1970er Jahren den Keynesianismus als wirtschaftspolitische Konzeption ab und etablierten eine bestimmte Regierungsweise der OECD-Staaten.

Auch in diesen Betrachtungen zum frühen Neoliberalismus der 1930er sowie zeitgenössischen der 1970er Jahre geht es Foucault nicht um *real* veränderte Machtverhältnisse in Gesellschaft und Politik. Vielmehr steht die Analyse von Texten und Programmen im Vordergrund seiner Untersuchungen, »die das Ersinnen von Machtstrategien dokumentieren [...]. [Es geht] nicht um die Frage, ob und wie diese Strategien tatsächlich umgesetzt worden sind.« (Marti 2008: 295) Foucault zeigt vielmehr – und das ist der Gewinn und zeichnet die Anschlussmöglichkeit für aktuelle Gouvernamentalitätsstudien aus –, dass der neoliberalen Regierungstechnik nach die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Armut im Sinne der Eigenverantwortung in den Zuständigkeitsbereich der Subjekte selbst verlagert werden soll. Damit befähigt die Gouvernamentalitätsperspektive dazu, neoliberale Programme eines Rückzugs des Staates ideologiekritisch als in Wahrheit veränderte Regierungstechniken und -programme zu dechiffrieren, »die die Führungskapazitäten vom Staat weg auf »verantwortliche« und »rationale« Individuen verlagern.« (Lemke 2008: 56f.)

Der Mehrwert von Foucaults Analysen besteht daher in der Erfassung der Projekte veränderter Herrschaftsweisen neoliberaler Gesellschaften. Neoliberalismus wurde und wird von vielen kritischen sozialwissenschaftlichen Analysen und politisch linken Standpunkten in der Regel als ein politisches Projekt verstanden, das darauf abzielt, die Macht der Unternehmer_innen und der Vermögensbesitzenden (Wienold 2011: 237) durch die Privatisierung ökonomischer und gesellschaftlicher Ressourcen (Biebricher 2021: 73ff.) zu stärken. Die Welt soll in möglichst viele handelbare Waren verwandelt werden (Schui/Blankenburg 2002: 141). In all diesen Betrachtungsweisen wird neoliberale Macht vor allem als private Enteignung oder Ausschluss von gesellschaftlichen Gütern betrachtet.

418 Das Modell des *Homo oeconomicus* bezeichnet das ökonomische Leitbild des streng nach ökonomischen Kriterien handelnden nutzenmaximierenden Subjektes. Mit möglichst wenig Aufwand soll maximaler Output erreicht werden (Mankiw/Taylor 2020: 11f.).

419 Foucault verdeutlicht: »Der *Homo oeconomicus* ist ein Unternehmer und zwar ein Unternehmer seiner selbst.« (2006b: 314) Dieser Unternehmer seiner selbst ist »für sich selbst sein eigenes Kapital [...], sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle.« (ebd.) Zum Konzept des unternehmerischen Selbst vgl. Bröckling 2013.

Die Frage, warum Menschen dagegen nicht aufbegehren, wenn Güter und Infrastruktur privatisiert und damit der Öffentlichkeit entzogen werden, kann nach Foucault gerade dadurch erklärt werden – und das zeichnet den Mehrwert seiner Analysen für die kritischen Sozialwissenschaften aus –, dass neoliberale Macht vor allem positiv und produktiv wirkt, indem sie ein Anreizsystem für die Subjekte schafft, »welches mit mehr oder weniger sanften Mitteln zum Mitspielen einlädt.« (Marti 2008: 299) Gerade die Gouvernamentalität stellt für Foucault die neue Regierungsform der Subjekte im Neoliberalismus dar, die auf das »Mitspielen« abzielt, da sie im Gewand vermeintlicher *Freiheit* präsentiert wird.

Der zentrale Begriff im Neoliberalismus ist Freiheit (Friedman 2002: 26). Trotzdem ergibt sich aus diesem Freiheitspostulat und dem liberalen Marktregime (Dörre 2009: 57) kein Zuwachs an realer Freiheit. Freiheit wird vielmehr im Sinne des Selbstmanagements so organisiert, dass die Subjekte der Gesellschaft im Allgemeinen und die Arbeitnehmer_innen im Besonderen sich selbst nach bestimmten gewünschten Normen verhalten, die aber gerade nicht *selbst* gewählt sind. Ziel ist die Kontrolle der Bevölkerung und der Arbeitnehmer_innen sowie deren Vereinnahmung für die Imperative des Arbeitsmarktes. Freiheit ist dabei immer auch Freiheit vor dem umverteilenden Sozialstaat. Der Neoliberalismus ist damit mehr als eine Wirtschaftstheorie, nämlich zudem eine Regierungstechnik, die auf einen allumfassenderen unsichtbaren gesellschaftlichen Zugriff auf die Subjekte abzielt.

Allerdings haben Foucaults Betrachtungen zur Gouvernamentalität bei aller Anschlussfähigkeit für die Sozialwissenschaften auch scharfe Kritik auf sich gezogen (vgl. Rehmann 2008: 19). Vor allem wird bemängelt, dass Foucault nicht verdeutlicht, »warum Staatsdiskurse [...] Herrschaft produzieren und reproduzieren« (Sauer 2001: 109). Dies kann von Foucault nicht befriedigend beantwortet werden, denn »Foucault löst Herrschaft in Macht auf.« (ebd.) Konkrete Personen und soziale Klassen/Kräfte mit bestimmten Interessen verschwinden aus seinem Blickfeld, da er lediglich die Politische Ökonomie als wissenschaftlichen Diskurs untersucht.⁴²⁰ Foucault betreibt eben Wissenschaftsgeschichte, keine Soziologie.

Dies manifestiert sich auch in seiner Staatsbetrachtung. Für Foucault »entsteht und wirkt [Macht] jenseits des Staats, sie ist im Staat nicht lokalisierbar« (1986: 115), obwohl sie *auch* »in den Staatsapparaten und gesellschaftlichen Hegemonien« (ebd.: 113f.) verkörpert ist.⁴²¹ Dadurch entpersonalisiert Foucault Macht, indem er diese nicht mehr als von einem Zentrum oder bestimmten Orten ausgehen sieht. Insgesamt bleiben der Staat im Allgemeinen und staatliche Herrschaftsausübung im Besonderen die großen Leerstellen in Foucaults Werk. Explizit verweigert er sich auch der Ausarbeitung einer eigenen Staatstheorie (Foucault 2006b: 114). Das mag vor allem daran liegen, dass Foucaults Interesse sich lange Zeit auf konkrete Technologien der Macht konzentriert hat, die gerade als unabhängig von einem vorgeblichen Zentrum, wie dem Staat oder bestimm-

420 Kritisiert wird vor allem an Foucault und an den an ihn anschließenden Gouvernamentalitätsstudien, dass diese nicht zwischen Herrschaft und Macht sowie nicht zwischen Fremd- und Selbstherrschaft unterscheiden (Rehmann 2008: 19).

421 Für Sonja Buckel zeigt sich hier eine geheime Übereinkunft zwischen den Kontrahenten Nicos Poulantzas und Foucault (2015: 166).

ten sozialen Klassen, verstanden werden. Deshalb analysiert Foucault in seinem Werk auch nicht, *wer* die Staatsgewalt oder verschiedene Staatsapparate *wie* und *zu welchem Zweck* nutzt. Lediglich in der *Geschichte der Gouvernamentalität* untersucht er konkreter die Wirkungsweisen und Intentionen staatlicher Herrschaftsausübung im Sinne neuer *Regierungsweisen*, richtet jedoch den Blick nicht wirklich auf das Objekt Staat und politische Auseinandersetzungen, sondern primär auf die Veränderung allgemeiner politischer Rationalitäten (Bröckling u.a. 2000: 27).

5.6.4 Zur Gouvernamentalität der Gegenwart. Gouvernamentalitätsstudien als ideologiekritische Analyse politischer Regierung im Neoliberalismus

Foucaults Arbeiten zur *Gouvernamentalität* haben die Sozialwissenschaften ab den 1990er Jahren nachhaltig beeinflusst (vgl. Lemke 2007b).⁴²² Der zentrale soziologische Erkenntnisgewinn besteht darin, dass die gegenwärtigen Transformationsprozesse von Staatlichkeit und damit einhergehend die Verschiebungen im Verhältnis zwischen *Staat*, *Subjekt* und *Ökonomie* nicht zunehmende Freiheitsgewinne für das Subjekt, sondern veränderte *Regierungstechniken* des politischen Zugriffs auf das Subjekt darstellen. Somit lässt sich der neoliberale Staat gerade *nicht* durch einen Abbau von Staatlichkeit zugunsten einer zunehmenden Dominanz des Marktes verstehen und ist in der »Veränderung seines Wirkungsbereichs und seiner Instrumente« (Le Galès/Scott 2009: 6) ideologiekritisch zu begreifen. Das diesen Prozessen zugrundeliegende politische Programm begründet eine Transformation des Politischen und zielt auf bestimmte *Subjektivierungsprozesse* ab, also auf die Art und Weise, wie sich die vergesellschafteten Subjekte verhalten *sollen*.

Im Anschluss hieran sind diverse Arbeiten im sozialwissenschaftlichen Kontext entstanden, die untersuchen, *wie* diese veränderten Regierungstechniken in bestimmten Politikfelder angewendet werden (u.a. der Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs- und Sozialpolitik), um die Veränderung und Wirkungsweisen des politischen Zugriffs auf die Subjekte bestimmen zu können (vgl. Lemke u.a. 2000: 37).⁴²³ Zentral ist hierbei, dass die Machttechniken der *Gouvernamentalität der Gegenwart* (Bröckling u.a. 2000) eben nicht durch disziplinierende Vorgaben und exekutive Anweisungen (Gesetze) sowie äußeren Zwang (Staatsgewalt) durchgesetzt werden, sondern auf die aktive *Selbstführung* und freiwillige *Selbstkontrolle* der gesellschaftlichen Subjekte abzielen. Dabei werden diese angeleitet, sich *von sich aus* anders – eben wie politisch intendiert – zu verhalten (Lemke 1997b: 129f.). Diese für die Subjekte unerkannten Selbstführungstechniken transformieren Fremdführung in Selbstführung. Gegenwärtige Macht operiert gerade »nicht als

422 Das Erscheinen des englischsprachigen Sammelbandes *The Foucault Effect* (1991) markiert das Entstehen der sogenannten governmentality studies im angelsächsischen Raum. Im deutschsprachigen Raum wurde das Konzept der Gouvernamentalität 1997 durch Thomas Lemke durch seine *Kritik der politischen Vernunft* (2007b) erstmals zugänglich gemacht. Im Jahr 2000 ist von Thomas Lemke, Ulrich Bröckling und Susanne Krasmann ein Sammelband namens *Gouvernamentalität der Gegenwart* (2000) herausgegeben worden, der einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung der Konzepte der Gouvernamentalitätsstudien leistete.

423 Vgl. Bröckling u.a. 2000; Krasmann 2003; Opitz 2004; Bröckling 2007; Pongratz 2007; Lessenich 2008; Sternfeld 2009; Wagner 2018. Zum Überblick über die Gouvernamentalitätsstudien vgl. Lemke u.a. 2000.

Gegenpart, sondern umgekehrt im Medium der Freiheit« (Lessenich 2008: 83), wodurch diese nicht mehr *als Macht* erkannt, sondern *als Freiheit* missverstanden wird (Opitz 2004: 119). Angewendet werden diese gouvernementalen Selbstführungstechniken einerseits von staatlicher Seite sowie andererseits von privaten Unternehmen im Bereich der modernen Arbeitsorganisation als neue Form der Unternehmensführung.

Vor allem der prominent gewordene Begriff der *Selbstoptimierung* (vgl. Klopotek 2016) schließt hieran an und erfasst analytisch soziale Phänomene, die sich in den zeitgenössischen neoliberalen Gesellschaften zunehmend in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen manifestieren.⁴²⁴ Selbstoptimierung bezeichnet, dass das Subjekt in der gegenwärtigen Wettbewerbsgesellschaft im Sinne der individuellen *Selbstführung* und *Selbstregierung* implizit und explizit dazu angehalten wird, ständig an sich selbst zu arbeiten und das Bestmögliche aus sich herauszuholen, sich eben zu optimieren, um sich im Konkurrenzkampf des Neoliberalismus zu behaupten.⁴²⁵ Das eigene Leben soll nach »betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen« ausgerichtet werden (Lemke u.a. 2000: 30). Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse fallen dabei jedoch aus dem Blick der sich selbst Optimierenden, was zur Folge hat, dass der, der in der neoliberalen Leistungsgesellschaft scheitert, sich *selbst* dafür verantwortlich macht, anstatt die strukturellen Herrschafts- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft und der Ökonomie als ursächlich dafür zu sehen. Dies hat für politische Regierungsprogramme durchaus Nutzen, weswegen viele Imperative der Selbstoptimierung und Aktivierung staatlich lanciert sind und ein politisches Projekt darstellen.

424 In Ratgebern und den Medien wimmelt es von Wortbildungen mit »selbst« wie Selbstbehauptung, Selbstdurchsetzung, Selbsterfahrung, Selbstfindung, Selbstmanagement, Selbstorganisation, Selbststeuerung. Diese medial durchgesetzte Ideologie der Selbstoptimierung zielt darauf, dass sich das adressierte Subjekt verändern und verbessern soll, um in der *gegebenen* Gesellschaft im sozialdarwinistischen Sinne bestehen zu können. Dabei wird in den Medien jedoch in keiner Weise die gesellschaftliche Ordnung und ihre Prinzipien kritisch hinterfragt, sodass es auch nicht um ihre Veränderung geht. Selbstoptimierung ist folglich affirmativ. Zur Selbstoptimierung durch Fitness als Form des Sozialdarwinismus im marktorientierten Neoliberalismus vgl. Martschukat 2019. Martschukat konstatiert die Fitnessorientierung bezüglich des Anfangs des 20. Jahrhunderts für die USA, was auch für die Gegenwart Bedeutung hat: »Mit durchtrainierten Körpern würden weiße Männer ihre außergewöhnliche Leistungsstärke verdeutlichen, sich auch für ökonomischen Erfolg im kapitalistischen Wettbewerb bereitmachen und damit ihre privilegierte gesellschaftliche Position bekräftigen und legitimieren.« (2019: 87) Für einen Überblick über die gesellschaftlichen Räume Liebe, Arbeit, Freizeit, Denken etc. als *Zonen der Selbstoptimierung* vgl. Klopotek 2016. Zum Einfluss neoliberalen Denkens auf die Subjekte durch Medien, Fernsehsendungen, Datingportalen, Sport, Castingshows etc. vgl. Stark 2014.

425 Es geht bei der Optimierung »um eine Handlungslogik, die die Subjekte ständig dazu nötigt, im gegebenen Kontext ihre Leistungsmöglichkeiten auszureizen, was eine grenzenlose Überbietungslogik in Gang setzt, der sich letztlich alle unterwerfen müssen. Zentral hierbei ist, dass externer Zwang ins Innere des Individuums verlagert wird, was eine Trennung zwischen Fremd- und Selbstbestimmung unmöglich macht.« (Klopotek 2016: 11)

Zur Transformation staatlicher Herrschaft im Neoliberalismus. Der aktivierende Staat und die Herstellung des Marktsubjektes

Der selbstregulierte Markt als Idee des Neoliberalismus ist auf die Existenz einer Marktgesellschaft (Biebricher 2021: 106) sowie auf Individuen als Marktsubjekte angewiesen (Opielka 2008: 96), die sich markt- und damit wettbewerbskonform verhalten (Hayek 1976: 48). Sowohl Marktgesellschaft als auch Marktsubjekte entstehen jedoch nicht von selbst durch Erziehung und Sozialisation, sondern müssen durch den Staat politisch hervorgebracht und immer wieder reproduziert werden (Brown 2015: 32).⁴²⁶ Viele Gou-vernamentalitätsansätze betonen daher die ökonomische Zweckbestimmung der neuen Art des Regierens (Lemke 1997b: 129f.). Diese neoliberale »Staatstechnik« (Frankenberg 2010: 12)⁴²⁷ zeichnet sich nicht primär durch direkte Interventionen autorisierter und spezialisierter Staatsapparate, sondern vor allem durch indirekte Techniken aus, die die Individuen führen und anleiten (Lemke 2000: 38). Vor allem der zivilgesellschaftliche Bereich dient dazu, staatlich lancierte Diskurse des normativen Leitbildes des individualisierten Marktsubjektes und des *aktivierenden Staates*⁴²⁸ in der Gesellschaft und den Medien zu verbreiten und hegemonial zu verankern. »Aktivierung« und »Eigenverantwortung« sind die vom Staat ausgehenden Leitbilder, an denen sich die Subjekte als Marktsubjekte in der gegenwärtigen postfordistischen Marktgesellschaft auszurichten haben. In den verschiedenen Sektoren, wie der Sozialpolitik, dem Bildungswesen, dem Gesundheitswesen, der Rentenpolitik, dem Arbeitsmarkt und bestimmten Dienstleistungsbe-

426 Die »neoliberale Rationalität [dehnt] das Modell des Marktes auf alle Bereiche und Tätigkeiten aus[] – auch wo es nicht um Geld geht – und [fasst] Menschen ausschließlich als Marktakteure auf[]« (Brown 2015: 32).

427 Für Günter Frankenberg bezeichnet »Staatstechnik« die Art und Weise, »wie politische Macht ausgeübt wird. Sie umfasst die Gesamtheit der Verfahrensweisen, Normen und Prinzipien, Wissensformen und Kompetenzen, Berechnungen, Strategien und Taktiken, die von Akteuren und Institutionen operativ umgesetzt werden. [...] Staatlichkeit als Handlungs- und Interventionsfeld sich überkreuzender Ziele und Techniken, zum anderen die Bedeutung des Rechts als Form und Autorität der legitimen Ausübung von Macht. (2010: 12) Dabei ist es das »Konzept der Sicherheit [...], das der Staatstechnik als Zielgröße vorgegeben ist.« (ebd.: 15)

428 Das neue Leitbild des aktivierenden Staates wurde vor allem durch die sozialwissenschaftliche Diskussion politisch einflussreich. In Großbritannien waren es die Schriften des britischen (linksliberalen) Soziologen Anthony Giddens, der Berater des britischen Premiers Tony Blair war, die »Aktivierung« gefordert haben. Durch den Regierungsantritt von New Labour 1997 in Großbritannien wurde Aktivierung als neues Leitbild staatlicher Politik »als die sanfte, sozialdemokratische Variante von »workfare« und als Blaupause für die deutschen Versuche« (Opielka 2008: 96) etabliert. In Deutschland waren an dieser Diskussion, die als Dritter Weg bekannt wurde, vor allem der deutsche Soziologe Ulrich Beck und andere Wissenschaftler_innen und Politiker_innen aus dem Umfeld der Sozialdemokratie beteiligt (Bieling 2009: 238). Hieraus sollte dann auch die theoretische Begründung der Agenda 2010-Reformen erfolgen: »Befürworter des aktivierenden Staates waren sich darin einig, dass dieser, gemäß dem Slogan eines neuen Dritten Wegs jenseits der alten Leitbilder des keynesianischen Wohlfahrtsstaates auf der einen und des Minimalstaats bzw. schlanken Wettbewerbsstaats [des Neoliberalismus] auf der anderen Seite, darauf ausgerichtet sein sollte, durch eine kooperative Verhaltenssteuerung der Staatsbürger und Marktteilnehmer zusätzliche gesellschaftliche Produktivitätspotenziale zu mobilisieren.« (ebd.) Zur Begründung des Dritten Wegs vgl. Gerhard Schröder/Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: *Die Welt*, 09.06.1999.

reichen, soll den Subjekten individuell *Verantwortung* für gesellschaftliche Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut übertragen werden, wodurch sie aus der staatlichen Verantwortung und Absicherung entlassen werden (Opielka 2008: 89).⁴²⁹ Neoliberale Gouvernamentalität zielt damit auf eine *Individualisierung* der Gesellschaftsmitglieder, die im Fordismus noch in Berufsverbänden und Gewerkschaften organisiert waren und damit auf die Entpolitisierung von gesellschaftlichen Problemlagen. Damit werden »Erfolg und Scheitern [...] [zu] Probleme[n] des Individuums und haben nichts mehr mit der Gesellschaft oder dem Staat zu tun.« (Altvater 1981: 5) Hegemoniefähig ist diese Regierungsweise, weil sie sich als Befreiungsprojekt für die Subjekte präsentiert (Dörre 2009: 63).⁴³⁰ Es geht im flexiblen Kapitalismus folglich nicht mehr um die »disziplinarische[] Dressur der Körper, die fügsam und nutzbar gemacht werden sollen« (Ehrenberg 2011: 478), sondern darum, »die persönlichen Ressourcen zu mobilisieren und zu steigern, indem man politische Maßnahmen begünstigt, die den Individuen ermöglichen, die Agenten ihrer eigenen Veränderung zu sein.« (ebd.)

Foucault und andere Autor_innen der Gouvernamentalitätsstudien analysieren zwar veränderte politische Machttechnologien und Regierungsweisen im Neoliberalismus, betrachten allerdings sowohl Staatlichkeit an sich und den Wandel staatlicher Herrschaft (Lemke 2008: 58) als auch soziale Kräfteverhältnisse und Machtauseinandersetzungen nur unzureichend (Rehmann 2008: 19).⁴³¹ Gerade hier kann das Konzept der Gouvernamentalität mit materialistischen Staatstheorien in Anlehnung an Antonio Gramsci (vgl. Kap. 5.4) und Nicos Poulantzas (vgl. Kap. 5.5) gewinnbringend verknüpft werden, um den *Ausgang* veränderter Regierungsweisen in den Interessen bestimmter sozialer Kräfte und Klassen in den Staatsapparaten *und* in der Zivilgesellschaft verorten zu können. Dadurch wird die »liberale Grenzziehung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten und die Unterscheidung zwischen der Domäne des Staates und dem Bereich der Gesellschaft« (Lemke u.a. 2000: 37) als Chimäre entlarvt, da diese »nicht mehr als Grundlage und Grenze, sondern [selbst] als Instrument und Effekt von Regierungspraktiken« (ebd.) dient. Dies zeigt sich deutlich in den drei Beispiel-Politikfeldern *Arbeitsorganisation*, *Sozialpolitik* und *Bildungspolitik*, die im Folgenden als Fallbeispiele *gouvernementaler Praxis* dienen sollen.

429 Zur biopolitischen Aktivierungspolitik der deutschen Bundesregierung gehörte auch der 2007 verabschiedete »Aktionsplan fit statt fett« sowie 2008 die Kampagne *IN Form. Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung* (Martschukat 2019: 23).

430 Klaus Dörre verdeutlicht: »Was sich als Geist der Befreiung präsentiert, mündet in schöner Regelmäßigkeit in Polemik gegen vermeintlich freiheitsbeschränkende Regulierungen, seien es nun Tarifverträge, die Mitbestimmung oder kollektive Sicherungssysteme.« (2009: 64)

431 Programme werden als einheitlich und in sich geschlossen konzipiert gedacht, womit Herrschaft und Macht als homogen und nicht in sich umkämpft erscheint (Lemke u.a. 2000: 42). Damit finden Kämpfe und Widerstände nur zwischen Programmen und ihren Implementationen statt, gehen aber selbst nicht in die Programme beziehungsweise Implementationen als Kompromisse ein (ebd.). Zur Kritik an den Gouvernamentalitätsstudien und einer ideologietheoretischen Re-Interpretation vgl. Rehmann 2008: 202ff.

Flexibilisierung der Arbeit als Transformation von Herrschaft in der Arbeitswelt. Beispiel gouvernementaler Praxis I

Neben der *Prekarisierung* der Arbeitsverhältnisse (vgl. Kap. 5.3.4) zeichnet sich die postfordistische Arbeitswelt vor allem durch ihre *Flexibilisierung* aus. Betrifft die Prekarisierung primär die gering qualifizierten Arbeitnehmer_innen, zielt der Begriff der Flexibilisierung »auf veränderte Arbeitssituationen vor allem am oberen Ende des Qualifikationsspektrums.« (Trunkczek 2011: 610) Hier muss sich das Arbeitsmarktsubjekt als »Flexible[r] Mensch« (Sennett 1998)⁴³² im Sinne der »Arbeitsmarktindividualisierung« (Beck 1986: 144)⁴³³ anpassungsfähig in seinen Ansprüchen und seiner Mobilität zeigen, um sich im modernen neoliberalen Wettbewerbskapitalismus behaupten zu können. Dabei findet im Namen von Flexibilität, dem »Aufbrechen starrer Bürokratien« und angeblich verstärkter Partizipation der Mitarbeitenden eine »Entgrenzung der Arbeit« statt, die u.a. Projekt-, Gruppen- und Teamarbeit⁴³⁴ sowie Zielvereinbarungen bei selbstbestimmten Arbeitszeiten als vermeintlich zugewonnene Freiheit in der Arbeit durch die Arbeitnehmer_innen zum Inhalt hat.⁴³⁵ Von der Unternehmensführung werden nicht mehr konkrete Top-Down-Handlungsanweisungen formuliert, wie dies für den fordistischen Betrieb typisch war, sondern lediglich definierte Ziele, die zu einem bestimmten Zeitpunkt umgesetzt sein müssen, wodurch es auch keine geregelten und fixen Arbeitszeiten mehr gibt (Pongratz/Voß 2004: 22). Wie diese Ziele zu erreichen sind, muss in den Arbeitsgruppen hingegen selbstbestimmt ausgehandelt werden. Die postfordistische Arbeitsorganisation zeichnet sich dabei durch Methoden der *indirekten Steuerung* aus (Siemens/Frenzel 2014: 9). Diese zielen im Gegensatz zur konstatierten Freiheit realiter auf die Steigerung des Leistungsvermögens und des Engagements der Mitarbeiter_innen durch die stärkere Einbeziehung in die Verantwortung für die Organisation und die Ergebnisse des eigenen Arbeitsbereichs ab.⁴³⁶ Durch diese neuen Formen der Arbeitsorganisation im Postfordismus wird auf das Arbeitsvermögen der Arbeitnehmer_innen nicht

432 So wird »[v]on den Arbeitnehmern [...] verlangt, sich flexibler zu verhalten, offen für kurzfristige Veränderungen zu sein, ständige Risiken einzugehen und weniger abhängig von Regeln und förmlichen Prozeduren zu werden.« (Sennett 1998: 10)

433 Ulrich Beck verdeutlichte durch seine sozialwissenschaftlich einflussreiche Individualisierungsthese, dass Individualisierung – und gerade dieser Aspekt fehlt in den meisten Schulbüchern (u.a. Detjen u.a. 2021: 264ff.) – vor allem eine Transformation zum »Markt-Individuum« (1986: 144) sei. Dabei ist das Marktsubjekt »aus traditionellen Klassenbedingungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und [...] [sein] individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen.« (ebd.: 116)

434 Durch das Team wird eine »Wettbewerbsituation [etabliert], da die Teammitglieder immer auch als konkurrierende Anbieter individueller Fähigkeiten einbezogen werden. Zugleich verwandelt die Verpflichtung auf ein gemeinsames Ziel jedes Gruppenmitglied in einen Kontrolleur der anderen, wobei die gegenseitige Kontrolle gegenüber der eher punktuellen Kontrolle durch einen Chef an der Spitze die Eigenschaft besitzt, kontinuierlich abzulaufen.« (Opitz 2004: 131)

435 Zu den selbstbestimmten Arbeitszeiten als Strategie des verstärkten Zugriffs auf die Arbeitnehmer_innen vgl. Freiheit zur Selbstausbeutung, in: *Böckler-Impuls*, 15/2015 [Autor_in unbekannt].

436 Auch bestimmte Teambuilding-Prozesse wie gemeinsames Panzerfahren gehören zu dieser Strategie der Mitarbeiter_innenführung. Vgl. Amrai Coen/Thomann Fischermann: Bespaßt und gequält. Wie deutsche Unternehmen ihren Beschäftigten eintrichtern: Selbstausbeutung macht Spaß!, in: *Die Zeit*, 25.10.2012. Vgl. zu den Teambuildungsprozessen auch Martschukat 2019: 135.

mehr durch direkte, sondern verstärkt durch indirekte Steuerung zugegriffen.⁴³⁷ Es geht dabei um vermehrte Profitgenerierung durch die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen (Boltanski/Chiapello 2013: 92), vor allem durch die Ausweitung der unbezahlten Arbeitszeit der Beschäftigten. Das »Ziel der Führung ist es [hierbei], Hierarchie im Arbeitsvollzug bedeutungslos *erscheinen* zu lassen.« (Opitz 2004: 120) Diesen Wandel der Herrschaftsausübung in Betrieben begreifen Luc Boltanski und Ève Chiapello als »Neue[n] Geist des Kapitalismus« (2013). Alain Ehrenberg verdeutlicht: »Ging es früher darum, die Einzelnen nützlich, weil gehorsam zu machen, so geht es heute um die Entwicklung ihrer *Fähigkeiten* der Selbstaktivierung und Selbstkontrolle« (2015: 18), was einer »Internalisierung der Zwänge von äußeren Organisationsstrukturen [...] gleichkommt.« (Boltanski/Chiapello 2013: 121)

Die beschriebene neue Führungskultur der gegenwärtigen Arbeitswelt wird dabei nach neuen Arbeits- und Managementkonzepten des *New Public Managements* und des *Human Resources Management-Ansatzes*⁴³⁸ der 1980er Jahre ausgerichtet (Bontrup 2011: 189), was sich ebenfalls auf den staatlichen Sektor übertragen hat (Benz 2008: 309).⁴³⁹ Begründet und dargelegt wurden diese Konzepte der rationalen Unternehmensumstrukturierung und eines verstärkten und unsichtbaren Zugriffs auf die Beschäftigten durch vermeintlich neue Freiheiten in der *neuen Managementliteratur* der 1980er Jahre (vgl. Chamayou 2019: 88),⁴⁴⁰ zu Beginn der hegemonialen Phase des Neoliberalismus. Hierbei wurde gegen »starre« Organisationsstrukturen als »Hemmschuh« für Erfolg und Weiterentwicklung angeschrieben (Peters/Waterman zit.n. Opitz 2004: 117) und

437 Diese Steuerung wird indirekt genannt, »weil nicht mehr direkt per »Befehl und Gehorsam« gesteuert wird, sondern mittelbar dadurch, dass man so genannte Umwelten schafft und Rahmenbedingungen setzt, mit denen sich die Beschäftigten gemeinsam unternehmerisch auseinandersetzen.« (Siemens/Frenzel 2014: 9) Zudem sollen durch indirekte Steuerung (»Management by objectives«) die Mitarbeiter_innen dazu gebracht werden, sich mit dem Unternehmen zu identifizieren und damit die Unternehmensziele zu inkorporieren, damit der/die Mitarbeiter_in dazu gebracht wird, selbst so zu handeln, als ob er/sie für das Unternehmen verantwortlich wäre (Opitz 2004: 124). Inspiriert wurde dies durch Erkenntnisse aus der Arbeits- und Organisationspsychologie, bei der seit den 1940er Jahren erforscht wurde, unter welchen Bedingungen Beschäftigte in Teams profitabler arbeiten (Siemens/Frenzel 2014: 10).

438 Der Ansatz des Human Resources-Managements wurde in den 1990er Jahren an den US-amerikanischen Business Schools entwickelt und »verfolgt eine ganzheitliche Integration von Personal und Arbeit im Hinblick auf Entscheidungsprozesse.« (Bontrup 2011: 189) Das Unternehmen sollte als »systemhaftes Ganzes« begriffen werden, das nicht mehr funktional in Zuständigkeiten denkt und stark hierarchisch organisiert ist, sondern »prozess- und zielorientiert« auszurichten sei (ebd.: 193).

439 Ende der 1970er empfahl die OECD der EU die Nachahmung privatwirtschaftlicher Methoden in der staatlichen Bürokratie, das sogenannte New Public Management (Crouch 2011: 37f.). Die Konzepte des New Public Managements sind dann auch im öffentlichen Dienst und der Verwaltung mit dem Ziel des Bürokratieabbaus umgesetzt worden. Großbritannien war das Labor für Experimente unter dem Leitbild des Outsourcings, für die Einrichtung von Marktorientierung im öffentlichen Dienst, für Zielvereinbarungen und Controlling (Le Galès/Scott 2009: 6).

440 Zu den neuen Managementbüchern seit den 1980ern vgl. Opitz 2004: 117; Bröckling 2007: 62; Boltanski/Chiapello 2013: 91ff.: »Die Wörter Einsatz, Motivation, Flexibilität, Verantwortung, Projekt, Kommunikation, Autonomie lassen sich in der gesamten Managerliteratur finden und stellen deren Agenda dar.« (Ehrenberg 2011: 306)

positiv besetzte Begriffe der Alternativkultur der 1960er und 1970er Jahre wie Freiheit, Autonomie und Selbstbestimmung für die Mitarbeiter_innenführung ideologisch uminterpretiert (Boltanski/Chiapello 2013: 143f.). Vor allem in den Unternehmen der IT-Industrie des Silicon Valley wurden diese ausgearbeiteten Konzepte der Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit in den 1980er Jahren zuerst umgesetzt und fungieren mittlerweile weltweit als Vorbild ›moderner‹ Arbeitsorganisation.

Einflussreich als Beschreibung des neuen Sozialtyps des flexibilisierten Erwerbstätigen in der postfordistischen Arbeitswelt wurde in den Sozialwissenschaften der Begriff des »Arbeitskraftunternehmer[s]« (Pongratz/Voß 2004: 9)⁴⁴¹ sowie des »Unternehmerische[n] Selbst« (Bröckling 2007: 46)⁴⁴². Das Leitbild des Unternehmerischen Selbst dient auch als Zielvorgabe staatlicher Politiken. 1997 erhob u.a. der Abschlussbericht der Kommission für Zukunftsfragen Bayern und Sachsen das Unternehmerische Selbst in den Rang einer politischen Zielvorgabe (ebd.: 7).⁴⁴³ Der Staat soll diesbezüglich »einen ordnenden Rahmen setzen und die Gesellschaft wertorientiert steuern« (Kommission für Zukunftsfragen Bayern und Sachsen zit.n. Bröckling 2007: 8).

Als Begleiterscheinung der veränderten Arbeitsorganisation kommt es neben einem Solidaritätsverlust unter den Mitarbeitenden (Castel 2005: 65) allerdings zu einer massiven Steigerung des Leistungsdrucks bei den einzelnen Beschäftigten, der zunehmend zu Erschöpfungsdepressionen (Burn-Out) in der Gegenwartsgesellschaft führt (vgl. Ehrenberg 2015).⁴⁴⁴

Der Sozialstaat als Aktivierender Sozialstaat. Beispiel gouvernementaler Praxis II

Privatwirtschaftliche Steuerungsprinzipien wurden auch auf den öffentlichen Sektor übertragen, wodurch die Regierungsmethode des Staates in den angelsächsischen Ländern seit den 1980er, in Deutschland seit den 1990er Jahren unter dem Leitbild des *New Public Management* umorganisiert werden (Le Galès/Scott 2009: 6). Hierbei steht das Ziel eines »ökonomischen Regierens bei geringst möglicher staatlicher Intervention« (Krasmann 2003: 176) im Mittelpunkt, das »in den unterschiedlichsten Programmen anvisiert und in entsprechenden Technologien realisiert wird.« (ebd.) Durch New Public

441 Er bezeichnet einen neuen »Typus von Arbeitskraft, der sich nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch innerhalb des Betriebs kontinuierlich zur Leistung anbietet und sich im Arbeitsprozess gezielt selbst organisiert. Wir bezeichnen diesen neuen Typus als »Arbeitskraftunternehmer«, weil er eine unternehmerische Entwicklung und Vermarktung der eigenen Arbeitskraft als Ware erfordert.« (Pongratz/Voß 2004: 24)

442 Das unternehmerische Selbst stellt »keine empirisch beobachtbare Entität [dar], sondern die Weise, in der Individuen als Personen adressiert werden, und zugleich die Richtung, in der sie verändert werden und sich verändern sollen.« (Bröckling 2007: 46) Es ist demnach ein Leitbild (ebd.: 7).

443 So konstatiert der Abschlussbericht explizit: »Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«. (zit.n. Bröckling 2007: 7) Und weiter: »Diese Einsicht muss geweckt, Eigeninitiative und Selbstverantwortung, also das Unternehmerische in der Gesellschaft, müssen stärker entfaltet werden.« (ebd.: 8)

444 Zum Burn-Out in der Gegenwartsgesellschaft vgl. Ausgebrannt statt selbstverwirklicht, in: *Böckler-Impuls* 17/2014 [Autor_in unbekannt].

Management steuert die staatliche »Verwaltung nicht mehr durch präzise Rechtsnormen, sondern durch Ziele, Strategien oder Qualitätsstandard, sowie durch Zuweisung eines frei einsetzbaren Budgets.« (Benz 2008: 308) Zwar soll die Verwaltung nach wie vor rechtsstaatlich handeln, aber als Maßstäbe der Qualität ihres Handelns soll »neben der Gesetzesmäßigkeit die Effizienz« (ebd.) in den Vordergrund gerückt werden. Dabei werden die Leistungen, welche die Verwaltung erbringen soll, als Dienstleistungen beziehungsweise als Produkte definiert. Wie die Vorgaben erfüllt werden, »bleibt ihr überlassen. Das schließt auch die Entscheidung darüber ein, welche Mittel sie für welche Leistungen einsetzen will.« (ebd.) Im Modell des New Public Management verfügt die Verwaltung über eine größere Autonomie. Hierbei erfolgt die Steuerung – und das zeichnet die Gouvernamentalität aus – »über Ziele, Anreize und Qualitätskontrollen oder über den dezentralen Mechanismus des Wettbewerbs. Ziele geben den Handlungsrahmen vor.« (ebd.: 308f.) Wie Länder und Kommunen ihre Verwaltung schon vor der Jahrtausendwende mittels sogenannter Neuer Steuerungsmodelle umgestaltet haben, werden auch die sozialen Sicherungssysteme zunehmend markt- und betriebswirtschaftlichen Konkurrenzgesetzen unterworfen (Butterwegge 2017: 161). Damit »streben sie nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, deutlich dahinter zurücktritt.« (ebd.) Das Ziel der *Aktivierung* wurde daher zu einem zentralen Leitbild der Transformation der westlichen Wohlfahrtsstaaten und der *Sozialpolitik* (Opielka 2008: 86). Die sozialstaatlichen Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität drohen damit aufgelöst zu werden.

Gouvernamentalitätskritische Sozialstaatsanalysen (vgl. Lessenich 2008) zeigen, dass der *Sozialstaat* in seinen Interventionsformen bezüglich der Sozial- und Arbeitspolitik nicht *ab-*, sondern *umgebaut* wurde (Castel 2011: 192). Diese Transformation des Sozialstaates im Neoliberalismus beinhaltet zwar auch Sozialabbau im Sinne der Reduzierung von Sozialstaatsausgaben und Umverteilungsmaßnahmen (Butterwegge 2006: 206f.), zentraler ist jedoch die spezifische Neuausrichtung des Leitbildes des aktivierten Marktsubjektes, in dessen Mittelpunkt seine Selbstverpflichtung auf eine marktkonforme Lebensorientierung steht (Lessenich 2008: 84). Das neue Leitbild des Sozialstaates zielt auf die strukturellen Veränderungen und auf die »Reindividualisierung sozialer Risiken bzw. die (Teil-)Privatisierung der staatlichen Altersvorsorge« (Butterwegge 2006: 240f.). Dabei setzt der aktivierende Sozialstaat nicht mehr auf Leistungsangebote von der Vermittlung bis zur Qualifizierung, sondern auf soziale Kontrolle und Haltungsänderung der Bedürftigen. Neben der weiterhin bestehenden und auch zunehmenden Disziplinierungspraxis (Wacquant 2009: 101) erfolgte damit eine Transformation des Sozialstaats in Richtung intendierter Eigenverantwortung und Eigeninitiative (Butterwegge 2006: 84). Dabei privatisieren öffentliche Verwaltungen Leistungen, für die Arbeitsverwaltungen werden Arbeitslose zu Kunden, »die unter dem Druck strenger Zumutbarkeitsregeln ein unternehmerisches Verhältnis zu ihren Arbeitsvermögen entwickeln sollen.« (Dörre 2009: 64) Eigenverantwortung stellt damit nicht länger einen Begriff für den Anspruch auf ein selbstverantwortetes Leben, sondern einen der sozialen Disziplinierung dar (Butterwegge 2006: 84). Folglich ist auch der Sozialstaat durch das staatliche Projekt der Aktivierung geprägt und kann als *aktivierender Sozialstaat* verstanden werden (Lessenich 2008: 16).

In Deutschland fand die Politikstrategie der Aktivierung der 1990er Jahre ihren Niederschlag in den Vorschlägen der Hartz-Kommission und in der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung 2003 (Opielka 2008: 86). Mit den Hartz-Gesetzen I bis IV »sollte mehr Bewegung in die angeblich zu *unflexiblen Arbeitsmärkte* gebracht werden.« (Bontrup 2011: 81) Neben der Schaffung niedrig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse (Mini-, Midi-Jobs) und der Ausweitung von Leiharbeit manifestiert sich die Aktivierungspolitik im Sinne des unternehmerischen Selbst deutlich in der Schaffung von »Ich-AGs«, also der Gründung von Einzelunternehmen durch Arbeitslose mit Hilfe eines staatlichen Existenzgründungszuschusses. Unter dem Leitbild »Fördern und Fordern« (»Keine Leistung ohne Gegenleistung«) wurde zudem eine moralisierende Delegitimierung nicht-erwerbstätiger Lebensformen zum gesellschaftlich-politischen Programm erhoben (ebd.). Damit wurden »Ansprüche auf sozialpolitische Leistungen verstärkt an die Erfüllung von Pflichten durch die potenziellen Leistungsempfänger geknüpft« (Trinczek 2011: 608). Zudem wurde – politisch initiiert⁴⁴⁵ – die »Faulenzer«- und »Drückeberger«-Debatte medial in die Gesellschaft gebracht, die zusätzlich disziplinierend wirkte (Heitmeyer 2012: 19).

Zur Ökonomisierung staatlicher Bildungspolitik. Beispiel gouvernementaler Praxis III

Auch die Neuorientierung staatlicher *Bildungspolitik* lässt sich aus gouvernementalitätstheoretischer Perspektive herrschafts- und ideologiekritisch als transformierte politische Regierungsform begreifen, die auf Kontrolltechniken der Selbstführung in diesem Politikfeld abzielt und in das politische Projekt des Neoliberalismus verstrickt ist (Pongratz 2008: 378). Bildung soll nicht primär quantitativ ausgeweitet, sondern qualitativ verändert werden, auf den Bedarf bestimmter Kapitalfraktionen in der neoliberalen Gesellschaft hin (vgl. Münch 2009: 13f.). Auch die staatlichen Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen wie Schulen und Universitäten werden dabei durch die Etablierung von Steuerungselementen aus der Managementtheorie und damit nach Konzepten des *New Public Managements* betriebswirtschaftlich umorganisiert (Pongratz 2004: 244). Diese werden nun nach Zielvereinbarungen und nicht nach pädagogischen oder wissenschaftsbasierten Zielen geführt und lediglich an ihrer Outputeffizienz gemessen (Dörre 2009: 64). Wie für die Wirtschaft stellen damit auch für die Bildungseinrichtungen ökonomische Kalküle die wesentliche handlungsorientierende Größe dar. Diesbezüglich wird vor allem *Evaluation* als Mittel der Modernisierung von Bildung präsentiert (Liessmann 2006: 87). Jedoch zeigen kritische Analysen, dass hierdurch ein marktwirtschaftliches Konkurrenzdenken etabliert wird, denn durch die mit der Evaluation einhergehende Notwendigkeit des Messens und Rankings wird Wettbewerb und Rivalität strukturell im Bildungssektor verstetigt (Messerschmidt 2007: 54).⁴⁴⁶

445 Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündete 2001 in der Bild-Zeitung: »Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!« (zit.n. Lessenich 2008: 85). Auch der Soziologe Wolfgang Streeck warnte als politischer Berater von Rot-Grün vor einer »Kreuzbergisierung der Gesellschaft« und »solidarisch finanzierten Ruhezeiten« (zit.n. Lessenich 2003: 214).

446 Liessmann konstatiert: »Evaluationen und Rankings dienen als wunderbare Vorwände um Budgets zu kürzen, die Schließung von Instituten, Studienrichtungen, Fortbildungsangeboten und Wissen-

In der *Universität* zeigt u.a. die Einführung der ECTS-Punkte die Etablierung einer »Norm zur Bewertung von Studienleistung, die bis in das Berechnungssystem diversen Industrienormen entspricht.« (Liessmann 2006: 42) Dabei wenden sich die Universitäten auch zunehmend an Unternehmensberatungen, die ihre Reformprozesse begleiten oder strukturieren sollen (ebd.: 46f.). Hierbei stehen vor allem die Begriffe »Coaching«, »Controlling« und »Monitoring« im Vordergrund (ebd.).⁴⁴⁷

Auch die pädagogische Institution der *Schule* bleibt nicht von den neuen, subtilen gouvernementalen Regierungsformen ausgenommen (vgl. Hellgermann 2018). Als Schule hat man sich »im konkurrierenden Umfeld »aufzustellen«, dafür an erweiterten Programmen zu arbeiten und sich in Wettbewerben um Preise oder mehr Aufmerksamkeit durchzusetzen.« (Gruschka 2011: 14f.) Auf institutioneller Ebene wird die Schulgestaltung vor allem durch das Prinzip der *Qualitätsanalyse* betriebswirtschaftlich umgestaltet. Auch auf der Ebene des Unterrichts selbst etabliert sich unter der neoliberalen Freiheitsrhetorik »ein ganzes Netz teils altbekannter, teils innovativer Zugriffsweisen auf die Individuen.« (Pongratz 2004: 245) Wie in der neuen Arbeitsorganisation des Postfordismus zielen u.a. vermeintlich partnerschaftliche Ideale der Teamarbeit und die größere Zuschreibung von Eigenverantwortlichkeit an die Schüler_innen auf freiwillige Selbstkontrolle und dauerhafte Aktivierung ab. Das, »was ehemals unmittelbarer Fremdzwang oder internalisierte Autorität leisten, [soll] jetzt durch Selbstzwang erreicht werden« (ebd.). Auch hierbei sind die Begriffe der Freiheit und Autonomie zentral (Hellgermann 2018: 84). Jedoch sind diese vermeintlich emanzipatorischen Kategorien vielmehr als neue Zugriffstechnik zu dechiffrieren, die eine »wechselseitige Selbstverpflichtung im Rahmen eines neuen Kontraktmanagements [darstellen], das eine flexiblere Kontrolle aller durch alle sicherstellen soll.« (Pongratz 2007: 345) Faktisch weiter bestehende Zwangsverhältnisse werden als vermeintlich egalitäre Kommunikation zwischen Schüler_innen und Lehrer_innen präsentiert, wodurch der/die Lehrer_in nur noch »Lernbegleiter_in« oder »Lerncoach« sein soll (vgl. Sternfeld 2009). Übersehen wird hierbei – neben dem hierarchischen Aspekt der Notengebung –, dass immer noch bürokratische und administrative Vorgaben sowie ökonomische Strukturen und Ziele Grundlage und Zweck umorganisierter Methoden des selbstgesteuerten Lernens sind. Dies zeigt sich vor allem anhand der Umstellung auf *Kompetenzen* (Gruschka 2011: 12f.). Diese »Schlüsselkompetenzen« wurden eben nicht von didaktischen Forschungsinstituten, sondern von wirtschaftspolitischen Organisationen wie der OECD gefordert und vorgelegt (Münch 2009: 29f.). All diese gouvernementalen Führungstechniken reproduzieren sich auch in und durch die unreflektierte zeitgenössische pädagogische Ratgeberliteratur. Hier dominieren aus der Ökonomie stammenden Begriffe wie »lebenslanges Lernen«, »Reformen«, »Flexibilität«, »Motivation«, »Regierung durch Individualisierung«, »Teamarbeit«, »Selbstmanagement«, »Lerncoach«, »Portfolio«,

schaftsstandorten zu fördern oder die Gelder dorthin zu verlagern, wo man sich in Zukunft bessere Ranglistenplätze erhofft.« (2006: 87)

- 447 Die Hochschulreform brachte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog mit dem Schlagwort: »Entlassen wir Schulen und Hochschulen in die Freiheit auf den Punkt (zit.n. Pongratz 2004: 245). Zur Ökonomisierung der Hochschulen vgl. Engartner 2021: 68ff.

»Standardisierung« und »Zertifizierung« (Sternfeld 2009: 108) die »moderne« pädagogische Diskussion.

Auch bezüglich der *Weiterbildung* gibt es »den Selbstzwang permanenter Qualitätskontrolle und -optimierung« (Pongratz 2008: 378), indem sich Lehrkräfte »gleichermaßen als Kunde[n] wie als Privatanbieter auf dem Bildungsmarkt begreifen lernen (Selbstvermarktung), sich permanenten Kontrollen, Prüfverfahren und Zertifizierung aussetzen (Selbstoptimierung) usw.« (ebd.) Hierbei zielt vor allem die Bildungsstrategie der EU seit Mitte der 1990er Jahre auf »lebenslanges Lernen« ab, die als »lebenslange Pflicht zur marktkonformen Selbstoptimierung« (Pongratz 2007: 350) zu begreifen ist. Durch diese Neujustierung der Bildungspolitik

»gewinnt Pädagogik eine immense Bedeutung: Schule und Weiterbildung, Erziehungseinrichtungen und Sozialarbeit werden eingebunden in einen strategischen Komplex, der darauf abzielt [sic!], Herrschaftsverhältnisse auf der Grundlage einer neuen, neoliberalen Topographie des Sozialen zu recodieren.« (Pongratz 2008: 379)

Damit werden Schule und Universitäten zu maßgeblichen Agenturen des Neoliberalismus, der über Bildung und Erziehung die Gesellschaft langfristig durchdringt und generationenübergreifend prägt.

Entscheidend für diesen bildungspolitischen Paradigmenwechsel sind transnationale Koalitionen aus Bildungsforscher_innen, Manager_innen und Unternehmensberater_innen (Münch 2009: 30), globale Akteursnetzwerke in der Gestalt internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie internationale Institutionen wie die OECD, die zunehmend nationale Akteure (u. a. Verbände) und demokratisch legitimierte Institutionen wie die Kultusminister und Schulämter verdrängen (ebd.: 30) und privatwirtschaftliche Interessen zur Grundlage haben.

Die Umstellung auf dem Bildungssektor wurde in den meisten Industriestaaten – vor allem nach den Ergebnissen der PISA-Studien⁴⁴⁸ – ähnlich gehandhabt und »als alternativlos herausgestellt«, was durch die Sachzwänge der Globalisierung im Sinne des Nationalen Wettbewerbsstaates (Hirsch 1995: 103) begründet und legitimiert wird (Gruschka 2011: 11). Aus deutscher Sicht geht es folglich nicht mehr darum, die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben, sondern den Standortvorteil Deutschlands zu steigern (von Hentig 1996: 54). Dabei hat vor allem das Bundesministerium für Bildung und Forschung massiv darauf hingearbeitet, dass die Länder ihre Schulpolitik betriebswirtschaftlich neu ausrichten, um konkurrenzfähiger im globalisierten Kapitalismus zu werden (Gruschka 2011: 38ff.).

448 Die PISA-Studie wurde nicht von der OECD selbst, sondern durch ein australisches Unternehmen durchgeführt. Unternehmen wie das Education Testing Service haben dabei massiv mitgewirkt. PISA darf daher nicht als »neutrales« Instrument wissenschaftlicher Objektivität verstanden werden, sondern muss als Messinstrumentarium, das »eigene Normalitätsstandards« setzt, begriffen werden (Pongratz 2004: 245).

5.6.5 Resümee: Elemente der Gouvernamentalitätsanalysen für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung

Auch wenn Foucaults Arbeiten in den Sozialwissenschaften enorm einflussreich sind, beschränkt sich ihr Gehalt für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung auf das Konzept der Gouvernamentalität. Foucaults Machtbegriff ist zu diffus, um analytisch gehaltvoll gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse zu begreifen, zumal seiner Theorie komplett eine handlungstheoretische Ebene fehlt, wodurch soziale Kräfte und konkrete Akteure seinem Gesellschaftsverständnis zufolge gerade *nicht* vorkommen.⁴⁴⁹ Macht wird hierdurch entpersonalisiert. Da zudem Macht gesellschaftlich allumfassend sei, ist Foucaults Theorie für eine emanzipatorisch ausgerichtete Politische Bildung defizitär.

Anders verhält es sich hingegen mit dem Konzept der Gouvernamentalität. Im Gegensatz zur Gesellschaft des Fordismus, die noch den Charakter einer Kontrollgesellschaft hatte, in der die Individuen durch bürokratische Vorgaben geführt wurden, markiert der Übergang zum Postfordismus eine neue Herrschaftsform. Politische Herrschaft wird in zeitgenössischen neoliberalen Gesellschaften nicht ausschließlich durch Repression, Sanktion und Zwang ausgeübt – was bereits Gramsci durch seinen Hegemoniebegriff vorweggenommen hat –, sondern durch neue ›Regierungsweisen‹, die als vermeintlich zunehmende *Freiheiten* der Subjekte – und damit der ›Geführten‹ – präsentiert werden. In Wirklichkeit zielen diese subtilen Prozesse der Führung und Steuerung jedoch auf ein gewünschtes Verhalten der Subjekte ab. Sie stellen folglich *Subjektivierungsprozesse* dar, die an bestimmte Regierungsziele gekoppelt sind. Hierbei wird an Selbstverwirklichung und ›unternehmerisch‹ handelnde Individuen im Rahmen der herrschenden Markt- und Konkurrenzmechanismen appelliert. Freiheit und Autonomie, auch als Regierungsziele – und dies ist der Gehalt für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung –, sind daher auf Führung, nicht Selbstbestimmung abzielend. Foucault selbst hat dies prognostisch anhand der politischen Herstellung des »Marktsubjektes« dargestellt, das sich entsprechend des Leitbildes des *Homo oeconomicus* zu verhalten habe.

Für die zeitgenössische Form neoliberaler Herrschaft werden Management-Konzepte des New Public Managements ab den 1980er Jahren genutzt, um ein Regieren nach Vorgaben der ökonomischen Theorie durchzusetzen. In der Arbeitswelt zeigen sich die veränderten Herrschaftstechniken durch eine ›Entgrenzung der Arbeit‹, die vermehrt auf *indirekte Steuerung* der Arbeitnehmer_innen mit Hilfe von u.a. Projekt-, Gruppen- und Teamarbeit sowie Zielvereinbarungen bei selbstbestimmten Arbeitszeiten setzt. Die neuen Freiheitsgewinne können durch das Konzept der Gouvernamentalität ideologiekritisch als verstärkter fremdbestimmter Zugriff auf das Arbeitsvermögen der Mitarbeitenden dechiffriert werden: *Fremdkontrolle* wird zur *Selbstkontrolle*.

Auch im staatlichen Bereich zeigt sich durch die Übernahme der Konzepte des New Public Managements eine veränderte politische Regierungsweise der Freiheit, die ideologiekritisch als intentional veränderte Form *staatlicher Herrschaft* zu begreifen ist. Dabei ist die Erkenntnis grundlegend, dass der Staat im Neoliberalismus ab dem Ende der

449 Dies zeigt den weiterhin wirksamen Einfluss des Strukturalismus im Werk Foucaults.

1970er Jahre gerade *nicht* durch seinen Abbau oder Rückzug, sondern durch eine intendierte *veränderte* Regierungspraxis und Machttechnologie zu verstehen ist. Hierdurch sollen sich die Subjekte im Sinne der Eigenverantwortung selbst entsprechend den abstrakten Vorgaben und Bedürfnissen konkreter politischer Akteure führen. Das Ziel des neoliberalen Staates ist hierbei ein ökonomisches Regieren bei geringst möglicher staatlicher Intervention, welches darauf abzielt, die Subjekte der Gesellschaft in Marktsubjekte zu verwandeln und sie für die Erfordernisse der postfordistisch geprägten Wirtschaft in Hinsicht auf ihre Eigeninitiative zu *aktivieren*.

Für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung ist folglich die Erkenntnis grundlegend, dass sich in der neoliberalen Gegenwartsgesellschaft ökonomische und politische Herrschaft im neuen Gewand der Freiheit darstellt, diesem allerdings alte strukturelle Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus weiterhin zugrunde liegen.

5.7 Bürgerliche Staatsgewalt unter dem Blickwinkel Kritischer Rechtstheorie und Kriminologie

»Das Kapital regiert, und es regiert durch das Recht. Seine Fähigkeit, Wohlstand zu erzeugen, verdankt es den Modulen eines von staatlicher Macht gestützten Rechtssystems, und seine Resilienz in Krisenzeiten lässt sich auf eine Kombination aus rechtlichen Vermögensschutzmaßnahmen und der Bereitschaft des Staates zurückführen, dem Kapital seine helfende Hand zu reichen – um nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die gesellschaftliche Stabilität und damit den Staat selbst zu erhalten.« (Pistor 2020: 321)

5.7.1 Vom Nutzen Kritischer Rechtstheorie und Kriminologie für eine Kritische Staatstheorie und eine Soziopolitische Bildung

Rechtsverhältnisse bestimmen sowohl die politische als auch die ökonomische und gesellschaftliche Sphäre (Kunz/Mona 2015: 3). Dabei regelt das Recht durch seine Schutzfunktion die Verhältnisse der Individuen untereinander sowie das Verhältnis zwischen Individuum und Staat (Krauth 2013: 34).⁴⁵⁰ Diesbezüglich sind die Bürger_innen auch vor dem Zugriff illegitimer Staatsgewalt geschützt, da der moderne Staat als *Rechtsstaat* an Recht gebunden ist (Benz 2008: 135). Neben der Schutzfunktion des Rechts vor illegitimer Gewalt und Willkür – gerade auch von Seiten des Staates selbst – ist die viel beschworene »Herrschaft des Gesetzes« (Neumann 1980) hingegen nicht nur als zivilisatorischer Fortschritt (Elias 1977: 8) oder im Sinne einer rationalen Entwicklung moderner Gesellschaften (u.a. Habermas 1995: 219) zu begreifen. Denn diese »entpuppte sich allzu oft als Herrschaft der Rechtsgewalt, als Gewaltherrschaft« (Fischer-Lescano 2014: 171). Auch in der Gegenwartsgesellschaft konstituiert und reproduziert das Recht oftmals bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse, seien es kapitalistische, geschlechterbezogene oder »ethnisch-strukturierte«. Durch rechtliche Codierung (Pistor 2020: 45) wer-

450 Auf internationaler politischer Ebene regeln wiederum das internationale Recht und das Völkerrecht die Beziehungen der Staaten untereinander (vgl. Paech/Stuby 2013).